

6. WOHNUNGSFÜRSORGE

Schaffung eines neuen Planungs-, Bau- und Bodenrechts. Planmäßige und großzügige Bodenvorratspolitik der Gemeinden.

Zentrale Landesplanung. Planwirtschaft im Bau- und Wohnungswesen. Aufstellung von Wiederaufbauplänen und Bauprogrammen für die Gemeinden; ihre Zusammenfassung nach Provinzen und Ländern unter Beachtung des Grundsatzes des überörtlichen Lasten-, Baumaterialien- und Kräfteausgleichs und unter Berücksichtigung der Verkehrsprobleme, der Strukturveränderungen der Wirtschaft und der Lösung der Umsiedlerfrage.

Sofortige Instandsetzung beschädigter Wohnungen, Bauprogramme für Kleinwohnungen nach wenigen Typen. Wohnungen für Alleinstehende. Errichtung von Bauten durch Baugenossenschaften und Bereitstellung von billigen Baukrediten, Kriegsschäden- und Grundvermögensausgleich durch Gesamthaftung der Wohngrundstücke und durch Baunotsteuer für die Finanzierung von Wiederherstellungs- und Neubauten. Neuregelung der Hypotheken. Hypothekarische Belastung der wiederhergestellten Grundstücke mit dem Aufwand der Gemeinden für die Wiederherstellungsarbeiten.

Förderung des Baugenossenschaftswesens. Errichtung von kommunalen Bauhöfen unter Mitwirkung der Baugenossenschaften. Schaffung von Siedlungen in Verbindung mit Arbeitsgelegenheit für Umsiedler und Ausgebombte. Erwerbsgärtnersiedlung in der Nähe der Städte. Kleingärtner- und Kleintierzüchterförderung, insbesondere durch Bereitstellung von Brachland. Organisation der Kleingärtner und Kleintierzüchter. Wohnraumvermittlung unter Mitwirkung der beteiligten Bevölkerungskreise durch Bildung von Ausschüssen bei den Wohnungsämtern. Keine Zweckentfremdung von Wohnraum.

7. UMSIEDLER-UND HEIMKEHRERFÜRSORGE

Betreuung der Umsiedler- und Heimkehrertransporte durch die Volkssolidarität. Sanitäre und bauliche Ausgestaltung der Quarantäne- und Auffanglager. Soziale und kulturelle Betreuung der Lagerinsassen. Beschaffung von Kleidung und Wirtschaftsgerät für die Umsiedler und Heimkehrer mit Hilfe der Volkssolidarität. Bildung von Lagerausschüssen.

Bildung von Umsiedlerausschüssen bei den Gemeindeverwaltungen. Gesundheitliche Betreuung und bevorzugte Versorgung bedürf-